

Schülerbusse: Paasch hofft auf Kompromiss

Nachdem kürzlich der Schülertransport über die Sprachengrenze hinweg für Diskussionsstoff gesorgt hat, war das Thema am Montagabend im DG-Parlament Gegenstand einer Interpellation von Luc Frank (CSP). Hintergrund der Kontroverse ist ein Dekret aus dem Jahre 2005, das die Wallonische Region in Ausübung einer Zuständigkeit der Französischen Gemeinschaft verabschiedet hat. Es besagt, dass ein Schulbus, der zusätzlich zum Angebot der Nahverkehrsgesellschaft TEC eingesetzt wird, sich nicht mehr über den Einzugsbereich der Französischen Gemeinschaft (FG) hinaus begeben darf, zum Beispiel, um Schüler »aufzugabeln«, die in der Deutschsprachigen Gemeinschaft wohnen. Da dieses Dekret aber in den letzten Jahren nicht streng angewendet wurde, blieb es in der Praxis ohne Folgen. Das änderte sich mit Beginn dieses Schuljahres, als ein Rundschreiben des zuständigen Regionalministers Philippe Henry (Ecolo) in Kraft trat. Dadurch wurden Kinder, die in der DG wohnen, aber in der Französischen Gemeinschaft zur Schule gehen, erst an der Sprachengrenze vom Bus abgeholt. Das hat offenbar vor allem Eltern von behinderten Kindern, die auf spezielle Schulangebote in einer frankophonen Nachbargemeinde angewiesen sind, vor Probleme gestellt.

30 Sonderfahrten

Frank wollte von Unterrichtsminister Oliver Paasch (ProDG) wissen, ob die Gespräche zwischen der Wallonischen Region und der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Sachen Schülertransport bereits Ergebnisse zutage gefordert hätten. Paasch erinnerte in seiner Antwort daran, dass die Diskussion ausschließlich um Schülertransporte drehe, die zusätzlich zum Angebot der Nahverkehrsgesellschaft TEC angeboten würden. Für diese Sonderverbindungen, von denen Schüler, die abseits von TEC-Buslinien wohnen, profitieren, seien die Gemeinschaften zuständig. Die DG finanziert 30 solcher zusätzlichen Bus- und Taxifahrten, was den Gemeinschaftshaushalt mit jährlich über einer Million Euro belastet. Die DG, so die Klarstellung Paaschs, organisiere keine Fahrten, um Schüler aus der DG in die FG zu befördern und umgekehrt. Mit einer Ausnahme: »Für Förderschüler tun wir das sehr wohl«. Sollten sich Förderschüler, die im frankophonen Sprachraum wohnen, für eine Schule in der DG entscheiden, »organisieren und finanzieren wir seit jeher die hierfür notwendige Beförderung.«

Für die Wallonische Region (in Vertretung der Französischen Gemeinschaft) gelte seit 2004 ebenfalls, dass bei den zusätzlich zum TEC-Angebot organisierten Schülertransporten nicht die Gemeinschaftsgrenzen überschritten werden. Dass dies aber bis zu diesem Schuljahr in der Praxis nicht der Fall war, sei »sehr zum Unmut« einiger Schulleiter, Schulschöffen und Elternvereinigungen in der DG gewesen, so Paasch. »Sie waren nie damit einverstanden, dass die

Wallonische Region sich nicht an ihr Dekret hielt und Regelschüler aus der DG an ihren frankophonen Abteilungen und Schulen vorbei in die FG beförderte.«

Bis Ende 2010

Vor diesem Hintergrund schafft das Rundschreiben Henrys, das die strikte Umsetzung des Schülertransportdekrets auf Ebene der Französischen Gemeinschaft verlangt, Abhilfe - auch wenn vorläufig bis Ende 2010 weiter Busse mit Schülern aus der DG in die FG fahren, sozusagen als »Gnadenfrist«. Paasch widersprach energisch der jüngst über die Presse verbreiteten Behauptung von Ecolo-Parlamentarier Karl-Heinz Braun, wonach Henry die Busse bis zum Ende des Schuljahres (also bis Juni 2011) weiter fahren lassen.

Denn bereits im kommenden Januar ist nach jetzigem Stand der Dinge Schluss mit dem »Abholdienst« der Französischen Gemeinschaft in den DG-Gemeinden. Paasch aber hofft auf eine Kompromisslösung im Interesse behinderter Kinder. »Da wir die Beförderung von Schülern finanzieren, die in der FG wohnen und eine Förderschule in der DG besuchen, verlangen wir, dass die FG bzw. WR dasselbe für Schüler tut, die in der DG wohnen und eine Unterrichtseinrichtung der FG besuchen möchten«, denn Förderschüler seien je nach Grad und Form ihrer Beeinträchtigung darauf angewiesen, Angebote in einer anderen Gemeinschaft wahrzunehmen. Paasch will sich in weiteren Gesprächen mit dem Kabinett von Minister Henry dafür einsetzen, dass die Busse aus der DG in die FG länger als bis zum 31. Dezember 2010 fahren, »um mehr Zeit für Verhandlungen zu erhalten«. Er sei »zuversichtlich, dass wir im Rahmen eines Kooperationsabkommens eine Lösung für die betroffenen Förderschüler finden werden. Für die ungefähr 30 betroffenen Regelschüler wird das jedoch nicht so einfach sein.«(boc)